

Die Nationale Volksarmee der DDR in der friedlichen Revolution im Herbst 1989

Horst Klein

Der 20. Jahrestag der Ereignisse von 1989/90 und des begonnenen Aufbruchs in die deutsche Einheit weckt nicht nur Erinnerungen an den historischen Umbruch am Ende des vorigen Jahrhunderts, das durch Weltkriege, Nazi-Diktatur, Holocaust, aber auch von einem hoffnungsvollen Kampf für eine bessere Welt geprägt war. In zahlreichen Selbstzeugnissen bzw. Biografien von Politikern und Militärs der ehemals zwei deutschen Staaten ist das Glücksgefühl über das hier zu besprechende seltene historische Phänomen einer friedlichen Revolution¹ reflektiert.² Mit dem Rückblick auf einen politisch wirklich stürmischen Herbst im Jahr 1989, der aufgrund seines friedlichen und demokratischen Charakters ohnegleichen in der deutschen Geschichte ist, drängt sich die Frage auf, welche Ursachen, Zusammenhänge und Triebkräfte in diesem historischen Geschehen wirkten. Diesbezüglich schrieb die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereits 2007 ein Forschungsprojekt aus, das geeignet sein soll, „*das gesamtdeutsche Bewusstsein für die epochale historische Bedeutung der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu stärken*“.³

Nun ist allerdings zu erwarten, dass mit den Forschungsergebnissen vor allem die Rolle der DDR-Sicherheitskräfte einseitig und ideologisch verkürzt dargestellt wird. Bereits im Sommer 2007 wurden ein erneut aufgefundener Schießbefehl für Sonderkommandos der DDR-Staatssicherheit sowie der bekannte und seit langem auch für politische und juristische Zwecke thematisierte „Schießbefehl“ für die Grenztruppen der DDR sehr tendenziös ins Licht gesetzt. Dass Sonderkommandos der Staatssicherheit – wie als Möglichkeit unterstellt wurde –

1 Der in die Geschichtsschreibung eingegangene Begriff der Revolution für die Charakterisierung der DDR-Endzeit 1989/90 ist problematisch; hier ist eine differenziertere Sicht angeraten. Zur Genesis des Revolutionsbegriff gehören stets nicht nur die Sprengung der bisherigen sozialen Strukturen und Verhältnisse, sondern auch primär die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Historisch gesehen trifft das mit dem Beitritt zur BRD 1990 und die so vollzogene Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht zu. Hier geht es dem Autor allerdings nicht um den Revolutionsbegriff, sondern ausschließlich um den *demokratischen und friedlichen Charakter* des vom Volk besiegelten Zusammenbruchs des politischen Systems der DDR und um die vom Volk angestrebte Einheit Deutschlands.

2 Siehe beispielsweise Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991; Rainer Eppelmann: Wendewege. Briefe an die Familie, Bonn-Berlin 1992.

3 Informationsblatt der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Förderschwerpunkt „Friedliche Revolution und deutsche Einheit“. Ausschreibung der Stiftung für die Förderjahre 2008-2010, 1 Bl.

auf Frauen und Kinder geschossen hätten, konnte freilich nicht nachgewiesen werden.

Die Armee der DDR und ihre Grenztruppen bedürfen einer vom MfS zunächst abgehobenen Betrachtung. Und da lässt sich für die Krisensituation im Herbst 1989, als zweifellos die Gefahr eines Bürgerkrieges und auch einer militärischen Ost-West-Konfrontation bestand, nur sagen: die NVA blieb eine nationale Volksarmee, niemand richtete die Waffen gegen das Volk.

Zur Friedenssicherung gab es keine Alternative

Die Nationale Volksarmee der DDR hatte nur eine äußere Funktion. Mit dem über die Jahrzehnte politisch und moralisch verinnerlichten Selbstverständnis der DDR-Soldaten als Angehörige einer Armee des Volkes war eine *innere Funktion nicht vereinbar*. Die Streitkräfte waren auf solch einen Einsatz, der bis 1962 noch als ein Einsatz gegen von außen unterstützte konterrevolutionäre Kräfte für möglich gehalten wurde, auch nicht vorbereitet. Im Unterschied zu anderen Armeen (etwa der Sowjetarmee) beinhaltete der Verfassungsauftrag, den man durchaus als Klassenauftrag sah, *ausschließlich eine äußere Funktion*. Außen – das war freilich auch der andere deutsche Staat – die Bundesrepublik.

In der Verfassung der DDR bzw. im Verteidigungsgesetz war im Unterschied zu anderen Staaten kein „Ausnahmestand“ bzw. „Staatsnotstand“ vorgesehen. Die DDR-Verfassung (Artikel 7.2) und das politisch-moralische Selbstverständnis der NVA als Armee des Volkes verboten absolut jede Art von militärischem Einsatz im Inneren.

Dass die auf allen Gebieten hochmoderne Armee politisch und militärisch nach innen kaum handlungsfähig war, wusste 1989 die damalige DDR-Führung um Egon Krenz. Dennoch schlug sie ein mehrmaliges Hilfsangebot des Oberbefehlshabers der Westgruppe der Sowjetarmee, Armeegeneral Snetkow, entschieden aus. Sie – die Führung der DDR – war sich dessen bewusst, dass ein militärisches Vorgehen zu einer Eskalation des Konfliktes hätte führen können. Das Wissen um die reale Gefahr eines militärischen Ost-West-Konfliktes sowie dessen Folgen für die gesamte Menschheit schärfte ihr Verantwortungsbewusstsein. Auf die Wahrnehmung der Problemsituation durch hohe Militärs machte der vormalige Lehrstuhlleiter an der Militärakademie „Friedrich Engels“ Wolfgang Scheler⁴ aufmerksam. Er sprach zu Recht von einer regelrechten Sinnkrise des Militärs als geistiger Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution. Die tiefere Ursache dieser Sinnkrise des Militärs habe „in der revolutionierenden Veränderung des Verhältnisses von Politik und militärischer Gewalt im Atomzeitalter“ gelegen. „Sie war eher systemneutral. Dem geistigen

4 Wolfgang Scheler war von 1974 bis 1990 Leiter des Lehrstuhls Philosophie an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden und ungeachtet aller politischen Schwierigkeiten mit seinem Wissenschaftlerteam um ein neues wehrpolitisches und ethisches Denken in den DDR-Streitkräften bemüht.

Bruch, den die politische Revolution auslöste, waren also schon Brüche im Selbstverständnis des Soldaten vorausgegangen. [...] Die im Kalten Krieg geschaffenen Vernichtungsmittel hatten das Wesen des Krieges und das Wesen der Welt verändert. Etwas Unerhörtes war zu Bewusstsein gekommen: Der Mensch hatte die Fähigkeit erlangt, sich als Art auszulöschen, seinem Dasein, seiner Geschichte ein Ende zu machen. Krieg und Frieden waren gleichbedeutend geworden mit dem Sein oder Nichtsein der Menschenwelt. [...] Nun aber war Verteidigung im Krieg nicht mehr möglich, Verteidigung reduzierte sich auf Friedensbewahrung.⁵

Scheler thematisierte Erkenntnisprobleme bei der allmählichen Entwicklung eines Neuen Denkens. Er verwies auf Einsichten, die Politiker und Soldaten auf beiden sich gegenüber stehenden Seiten gewannen und die 1987 im östlichen Militärbündnis zu einer neuen Militärdoktrin führten. Allmählich sei es dann gelungen, die Wehrmotivation „nicht mehr aus einem möglichen Krieg, sondern aus dem notwendigen Frieden herzuleiten“.⁶ Das Wesen der neuen Friedenskonzeption habe nunmehr nicht in einem Abschreckungsfrieden, sondern in einem Verständigungsfrieden bestanden. Damit habe eine „Entfeindung des Systemgegensatzes“⁷ begonnen. Der *Geist einer Sicherheitspartnerschaft* sei aufgefunden. Der zeigte sich nicht nur in beiderseitigen vertrauensbildenden Kontrollaufgaben, sondern auch in offiziellen Begegnungen von Soldaten der NVA und der Bundeswehr, die erstmals im Frühjahr 1989 in Hamburg stattfanden.

Diese Annäherung hatte zweifellos Einfluss auf den politisch-moralischen Zustand und auf das verantwortungsbewusste Verhalten der NVA-Angehörigen im Herbst 1989. Sie schlug sich nieder im Weiteren auf dem Weg in die deutsche Einheit. Unstrittig dürfte sein, dass sich vor allem der Bürgerprotest und die Massendemonstrationen auf das Denken der Soldaten auswirkten. Sie sahen diese nicht als eine konterrevolutionäre Bewegung an, sondern begriffen sie als Formen der Forderung nach einem „besseren Sozialismus“.

In den Wochen um den 40. Jahrestag der DDR wandelte sich das Massenbewusstsein im Volk. Die rasante Entwicklung in diesen Wochen gab dem Neuen Denken in den Streitkräften spürbaren Aufwind. Ein ausschlaggebender Teil der Offiziere und Generale war sich seiner Verantwortung für die friedliche Lösung der politischen Krise bewusst und handelte dementsprechend. Den notwendig zu treffenden militärischen Entscheidungen gingen selbstverständlich – wie in einer solchen, nicht kalkulierbaren Situation nicht auszuschließen war – Fragen und Konflikte im Selbstbewusstsein der Entscheidungsträger voraus.

5 Wolfgang Scheler: Die Sinnkrise des Militärs. Eine geistige Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution, in: Andreas Prüfert (Hrsg.): Die Nationale Volksarmee im Kalten Krieg, Bonn 1995, S.133-145, hier S.133-134.

6 Ebenda, S.136.

7 Ebenda, S.139.

Die Entscheidung für einen friedlichen Verlauf der sich immer deutlicher abzeichnenden politischen Wende erfolgte bereits Tage vor dem erzwungenen Rücktritt Erich Honeckers von all seinen Partei- und Staatsfunktionen (18. 10. 1989). Eine Gruppe um Egon Krenz, Sekretär für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED, hatte bereits einen Befehl initiiert, der als Befehl 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Leipzig vom 13. Oktober 1989 in die Geschichte einging. Krenz hatte ihn gemeinsam mit dem Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Generaloberst Fritz Streletz, für die Unterschrift durch Honecker vorbereitet. Der Befehl sah das grundsätzliche Verbot des Einsatzes von Schusswaffen im Zusammenhang mit Demonstrationen vor. Im Konsens mit den für die innere Sicherheit verantwortlichen Generalen des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Inneren sowie dem Leiter der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees der SED suchten Krenz und Streletz gemeinsam Erich Honecker in dessen Arbeitszimmer auf und verlangten von ihm, den vorbereiteten Befehl zu unterschreiben. Als dieser sich fügte, war seitens der Regierung bzw. der DDR-Sicherheitskräfte ein friedlicher Verlauf der folgenden Ereignisse gewährleistet. (Siehe Dokument 1)⁸

Auch nach dem Sturz Honeckers setzte sich Egon Krenz in seiner neuen Eigenschaft als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR entschieden für die friedliche und demokratische Durchsetzung einer neuen Politik ein. So veranlasste er sofort neue, rechtliche Regelungen für die Ausreise von DDR-Bürgern sowie eine Amnestie von Personen, die wegen versuchter Ausreise zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Krenz informierte Gorbatschow über die entstandene Lage in der DDR und die getroffenen Entscheidungen, mit denen der Schusswaffengebrauch auch an der Grenze im Falle des Eindringens von Demonstranten verhindert werden sollte. Nach Abwägung der komplizierten Situation stimmte dieser dem Vorgehen zu, womit im Konsens mit der sowjetischen Führung die Option der Gewaltlosigkeit eine staatlich gesicherte Chance bekam. (Dokument 2).

Es gelang, Bürgerkrieg und Krieg zu verhindern

Zum Springpunkt der Machtkrise und der Gefahr des Ausbruchs bewaffneter Gewalt wurde das von Egon Krenz initiierte und von der Regierung der DDR am 9. November 1989 beschlossene neue „Reisegesetz“. Das Gesetz entsprach dem Willen und den Forderungen der Bevölkerung der DDR. Das Mitglied des SED-Politbüros Günter Schabowski erklärte bekanntlich nur Minuten nach der betreffenden Entscheidung am Abend des 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz die sofortige Öffnung der Grenzen und die eigentlich für den darauffolgenden Tag geltende „Reiseregelung“ als sofort wirksam. Wenig später beweg-

⁸ Siehe auch Egon Krenz: Herbst 89, Berlin 1999, S.374-379.

ten sich mehrere tausend Bürger auf die Grenze zu Westberlin zu, um diese zu passieren und ihre Freude darüber zu bekunden.

Zu diesem Zeitpunkt waren weder die Entscheidungsträger im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR (die Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chefs der Teilstreitkräfte sowie der Chef des Kommandos der Grenztruppen der DDR) noch die Soldaten an den Grenzübergangsstellen über die neue Lage informiert. Außerdem war die Grenzöffnung noch gar nicht mit der sowjetischen Staatsführung und mit dem sowjetischen Generalstab abgestimmt.

Der Auftritt Schabowskis ist in der Literatur sehr unterschiedlich bewertet worden. Theodor Hoffmann spricht in seinen Erinnerungen von einem „überlegten oder unüberlegten Staatsstreich“⁹. Mit dieser Sicht übereinstimmend schilderte Egon Krenz die Situation in jenen Tagen so: „Die gefährlichsten Daten für mögliche bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen waren der 4. sowie der 9. und 10. November. Am 1. November wurden wir aus Moskau, Warschau und vom MfS informiert, dass es übereinstimmende Erkenntnisse der Sicherheitsorgane darüber gebe, dass sich am 4. November eine große Gruppe von Demonstranten vom Alexanderplatz in Richtung Brandenburger Tor begeben will, um die Grenze nach Berlin (West) zu stürmen. Dem musste vorgebeugt werden. Die Sicherungsmaßnahmen wurden verstärkt. Gleichzeitig erließ der Vorsitzende des NVR den Befehl, dass selbst beim Eindringen von Demonstranten ins Grenzgebiet die Anwendung der Schusswaffe streng verboten ist.“ Über Schabowskis Verhalten schrieb Krenz: „Hätte es nicht den oben erwähnten Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. November 1989 und das besonnene Handeln von Angehörigen der Grenztruppen an den Berliner Grenzübergängen gegeben, hätte diese Fehlleistung katastrophale Folgen haben können.“¹⁰

Fritz Strelitz resümierte Jahre später: „Diese unverantwortliche Handlungsweise eines führenden Politikers der DDR, egal welche Zielstellung ihr zugrunde lag, hat die DDR an den *Rand eines Bürgerkrieges* gebracht. Nur dem politisch bewussten und besonnenen Verhalten und Handeln der Angehörigen der Grenztruppen in Berlin und der strengen Einhaltung des Befehls 11/89 [siehe Dokument 2 – H.K.] – kein Einsatz der Schusswaffe durch die bewaffneten Organe – ist es zu verdanken, dass es zu keiner Eskalation der Ereignisse mit schwerwiegenden, tragischen Vorkommnissen gekommen ist. Ein Schuss an der Grenze hätte eine Katastrophe, eine Kettenreaktion auslösen können.“¹¹

9 Theodor Hoffmann: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich, Berlin-Bonn Herford, 1993, S.27.

10 Egon Krenz: Widerworte. Aus Briefen und Zeugnissen 1990 bis 2005, Berlin 2006, S.73.

11 Fritz Strelitz: Die Öffnung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 9.11.1989, unveröffentlichtes Manuskript.

Inzwischen liegen mehrere Autobiografien von einst führenden Militärs der DDR vor, die sich in ihren Erinnerungen kritisch mit der brisanten Sicherheitslage im Herbst 1989 befassten und ihr Engagement für einen friedlichen Verlauf der politischen Wende überzeugend schilderten. Werner Rothe, einst Chef der Politischen Verwaltung der Landstreitkräfte, schrieb: „Ende Juli/Anfang August erhielten wir erstmals Kenntnis von der Existenz des ‚Neuen Forum‘. Uns waren die Ziele dieser Bürgerrechtler nicht bekannt.“ Als ihnen eine schriftliche Konzeption vorlag, brachte ein „Studium über das Anliegen dieser Gruppierung [...] zumindest ein Nachdenken, weil es ja bekanntlich nicht um die Liquidierung der DDR ging, sondern um eine bessere DDR. Warum sollte man nicht mit Menschen reden, die für eine bessere DDR Ideen und Vorschläge unterbreiten.“¹² Im Ministerium, so Rothe, sei es zu Demonstrationen gekommen. „Es wurde die Forderung gestellt, dass die Mitglieder und Kandidaten des ZK, die der Nationalen Volksarmee angehören, zurücktreten und entlassen werden. [...] Im Kollegium kam es zu einer mehrstündigen heftigen Aussprache mit dem Minister, in deren Ergebnis er ersucht wurde, von seiner Funktion zurückzutreten.“¹³

Horst Stechbarth, in diesen Tagen Chef der Landstreitkräfte, schilderte eine ähnliche Konfliktsituation. Am Vormittag des 10. November 1989 habe er vom Minister Heinz Keßler den Befehl erhalten, für die 1. Mot.-Schützen-Division und das Luftsturmregiment die erhöhte Gefechtsbereitschaft auszulösen, jedoch eingeschränkt auf LKW, SPW und Fußtruppen. Am darauffolgenden Tag wurde er vom Minister gefragt, ob er zwei Mot.-Schützenregimenter nach Berlin führen könne. Dagegen habe er Bedenken vorgebracht und auf unvermeidliche Zusammenstöße mit Demonstranten verwiesen. Stunden später wurde die erhöhte Gefechtsbereitschaft für die genannten Truppenteile wieder aufgehoben. Das Problem – Westberliner Demonstranten hatten provozierend die Mauer besetzt. Doch gemeinsam mit dem Westberliner Polizeipräsidenten konnte die Situation entspannt werden. Dabei ging es um die Verhinderung von Gewaltakten. Eine Option zur erneuten Schließung der Grenzübergangsstellen gab es zu keinem Zeitpunkt. Im Gegenteil: Bis Weihnachten 1989 wurden von den Grenztruppen 127 Grenzübergangsstellen zur BRD eingerichtet sowie Sperrgräben beseitigt. „Der damaligen politischen und militärischen Führung der DDR“, so Stechbarth, „[...] gebührt das Verdienst, immer solche Weisungen und Befehle erteilt zu haben, die den Einsatz von Armeeeinheiten gegen friedliche Demonstranten ausschlossen, die darüber hinaus jeglichen Schusswaffengebrauch im Inneren verboten, ausgenommen die unmittelbare Selbstverteidigung.“¹⁴

Klaus-Dieter Baumgarten, damals Chef der Grenztruppen der DDR, erinnerte sich an die gefährliche Situation am Abend des 9. November: „Eine solche Situa-

12 Werner Rothe: *Jahre im Frieden. Eine DDR-Biographie*, Berlin 1997, S.218.

13 Ebenda, S.223.

14 Horst Stechbarth: *Soldat im Osten. Erinnerungen und Erlebnisse aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 2006, S.220.

tion war neu. Es gab keinen Befehl, wie darauf zu reagieren war. Tausende Grenzposten standen mit unterladenen Waffen in Berlin und an der Staatsgrenze West. Was würde geschehen, wenn sie angegriffen würden? Kein Blutvergießen, hämmerte es in meinem Kopf.“ Über entsprechende Lagemeldungen gewann Baumgarten seinerzeit die Gewissheit, dass die Grenzübergangsstellen ohne Befehl von oben eigenverantwortlich von den Kommandanten und ohne Zwischenfälle geöffnet worden waren. „Es fiel in jener Nacht kein Schuss, die Lage wurde gemeistert. Das sage ich“, so Baumgarten, „mit alle[m] Respekt. Ich führe das auf den hohen Ausbildungsstand, die menschliche Reife und die charakterliche Stärke der eingesetzten Grenzer zurück. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Parole von den ‚schießwütigen Grenzern‘ falsch und verlogen war, so wurde er vom 9. auf den 10. November 1989 erbracht. Schmerz und Scham befielen mich, als ich die Fernsehbilder sah. Wir hatten die Grenzer im Stich gelassen. Kein Befehl, keine Weisung, nichts, womit wir ihnen Halt oder Orientierung geboten hätten. Trotzdem war ich stolz auf meine Jungs. Sie hatten selbständig und überlegt gehandelt, besonnen, wie wir immer sagen. Nicht einer hatte durchgedreht und in völliger Verkennung der Lage das Feuer eröffnet. Meine Jungs: Sie hatten bewiesen, dass sie unseren Grundsatz verinnerlicht hatten: Das Leben der Menschen ist das höchste Gut, es ist zu achten. Die Waffe ist nie gegen das Volk zu wenden.“¹⁵

In diesem Zusammenhang rief Baumgarten eine herausragende historische Begebenheit in die Erinnerung: „Am Wochenende kam Richard von Weizsäcker, flankiert von Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper, durch einen Mauerspalt am Potsdamer Platz auf unsere Grenzer zu. Der Bundespräsident befand sich etwa zehn bis 15 Meter auf DDR-Territorium. Illegal sozusagen. Er schüttelte demonstrativ einigen Genossen die Hände und dankte ihnen für besonnenes Handeln und gute Zusammenarbeit. Kameras und Mikrofone hielten diesen Vorgang fest, als er Blumen und freundliche Worte verteilte [...] Tausende Grenzer sahen das im Fernsehen und werteten den Handschlag als Ausdruck ehrlicher Wertschätzung ihres Dienstes.“¹⁶

Mit der 1990 vollzogenen Einheit Deutschlands fand die 34-jährige Geschichte der Nationalen Volksarmee ihren Abschluss. In der deutschen Militärgeschichte ist sie – das lässt sich fern aller Ideologie sagen – ein Sonderfall. Sie war eine Armee, die niemals einen Krieg geführt hat, sie ließ sich niemals gegen die Freiheit anderer Völker und gegen den Willen des eigenen Volkes einsetzen. Egon Bahr, der als politischer Berater des letzten Ministers der DDR für Abrüstung und Verteidigung tiefere Einblicke in den Zustand der NVA gewinnen konnte, schlussfolgerte: „Zur Geschichte der NVA gehört, dass sie lange vor der Wende, wozu damals noch Mut gehörte, der politischen Führung der DDR klar machte,

15 Klaus-Dieter Baumgarten: *Erinnerungen. Autobiographie des Chefs der Grenztruppen der DDR*, Berlin 2008, S.195-196; siehe auch Hoffmann, *Das letzte Kommando*, S.27f.

16 Baumgarten, *Erinnerungen*, S.200.

dass sie sich nicht gegen das Volk einsetzen lassen würde.“¹⁷ Und Jörg Schönbohm, 1990 Kommandeur des Bundeswehr-Kommandos Ost, erinnerte sich an eine Rede Rainer Eppelmanns anlässlich einer Neuvereidigung von NVA-Soldaten, in der dieser den Offizieren der NVA dafür dankte, dass sie 1989 chinesische Verhältnisse verhindert hätten.¹⁸

Dokument 1

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT
Der Vorsitzende¹⁹

BEFEHL Nr. 9/89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in LEIPZIG vom 13.10.1989

Zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in LEIPZIG und zur Verhinderung von Provokationen unterschiedlicher Art
BEFEHLE ICH:

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben
 - die Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG und
 - die Kreiseinsatzleitungen der Stadt LEIPZIG
 mit sofortiger Wirkung
die Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen.
2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder dieser Einsatzleitungen sind ständig durch leitende Kader zu besetzen.
3. Hauptaufgaben der Bezirksleitung sind:

17 Egon Bahr: Vorwort zu Hans-Joachim Gießmann: Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden-Baden 1992, S.7-15, hier S.10.

18 Siehe Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland, Berlin 1992, S.28.

19 Oben auf dem ersten Blatt handschriftlicher Vermerk von Egon Krenz: „Am 13.10. waren F. Streletz, W. Herger, R. Mittig, Wagner + ich in Leipzig. Nachmittags waren F. Streletz + ich bei E.H., um ihn zu bewegen, diesen Befehl zu unterschreiben. Kr.“ Fritz Streletz, Generaloberst und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR; Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED; Rudolf Mittig, Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit; Karl-Heinz Wagner, Stellv. des Ministers des Inneren; E.H. - Kürzel für Erich Honecker; Kr. Kürzel von Egon Krenz.

- die ständige Analyse der politischen Lage und die Festlegung der erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium der Stadt LEIPZIG,
- die Organisation einer zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und des offensiven Reagierens auf provokatorische Erscheinungen und Aktionen,
- die Aufrechterhaltung eines ununterbrochenen engen Zusammenwirkens zwischen dem Arbeitsorgan des Vorsitzenden und den Führungsorganen der Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer ständig operativen Informationstätigkeit von den Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke zur Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer straffen Führung der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke sowie
- die Kontrolle der festgelegten Maßnahmen.

4. Der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG hat in einem Befehl

- die Herstellung der Führungsbereitschaft der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke anzuweisen,
- in Abhängigkeit von den spezifischen Bedingungen der Stadtbezirke den Kreiseinsatzleitungen entsprechende Aufgaben zu stellen und
- mit den Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen Halle, Magdeburg, Berlin, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera ein enges Zusammenwirken zu gewährleisten.

5. Der am 13.10.1989 gemeldete Entschluss des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig wird bestätigt.

Es sind alle Maßnahmen vorzusehen, um geplante Demonstrationen im Entstehen zu verhindern.

Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. bei Gewaltanwendung gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG. Der Einsatz der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

6. In Verantwortung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten erhalten Vertreter westlicher Medien bis auf weiteres keine Einreise bzw. keine Arbeitsgenehmigung nach bzw. in LEIPZIG.

7. Meldungen an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR:

- Sofortmeldungen über schwerwiegende besondere Vorkommnisse politisch-provokativen Charakters;

- tägliche Meldungen 08.00 Uhr mit Stand 06.00 Uhr über die Gesamtlage im Verantwortungsbereich der Stadt LEIPZIG schriftlich.

8. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

Berlin, den 13.10.1989

E[rich] Honecker

Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR

Quelle: Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, Sign. 08 04 0841

Dokument 2

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT

Der Vorsitzende

BEFEHL Nr.: 11/ 89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik vom 3.11. 1989

Im Zusammenhang mit der weiterbestehenden komplizierten sicherheitspolitischen Lage und zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik sind auf der Grundlage

- meiner Ausführungen auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED und vor den Abgeordneten der Volkskammer der DDR sowie

- der Ergebnisse der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED vom 27.10.1989

die erforderlichen politisch-ideologischen, führungsmäßigen und organisatorisch-technischen Maßnahmen einzuleiten, um jederzeit und kurzfristig der sicherheitspolitischen Lage in den Bezirken der DDR allseitig Rechnung tragen zu können.

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung

BEFEHLE ICH

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben

- die Bezirksleitungen und

- die Kreisleitungen

mit sofortiger Wirkung

Die erhöhte Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen.

2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder der Einsatzleitungen sind weiterhin ständig durch leitende Kader zu besetzen.

Die bisher genannten Erfahrungen sind in den Einsatzleitungen durch die jeweiligen Vorsitzenden gründlich auszuwerten und in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

3. Die politisch-ideologische Arbeit ist darauf zu konzentrieren, bei allen Kommunisten feste politische Standpunkte herauszubilden und die Partei wieder in die politische und ideologische Offensive zu führen.

Der begonnene offene Dialog ist auf allen Ebenen weiterzuführen. Dabei ist zu sichern, dass durch sachliche und offensive Diskussionen unserer Genossen sozialismusfeindlichen Auffassungen entschieden entgegengewirkt wird.

4. Die Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen und die Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen haben alle für ein offensives Reagieren auf provokatorische Aktionen vorzusehenden Handlungen vorausschauend abzustimmen und ein ununterbrochenes enges Zusammenwirken zu sichern.

Dabei sind die politische Lage in den Territorien unablässig zu analysieren sowie die erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit festzulegen.

5. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel gegenüber Demonstranten erfolgt nur bei Gewaltanwendung gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. Objekte auf Befehl der Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen.

6. Durch die Bezirkseinsatzleitungen der Grenzbezirke sind die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen.

Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt und geeigneter Mittel daran zu hindern, dass es zu Grenzdurchbrüchen kommt.

In besonders gefährdeten Abschnitten sind zusätzlich zu den eingesetzten Grenzposten Diensthundeführer einzusetzen.

7. Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

8. Meldungen an den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates sind zu erstatten:

- bei Gefährdung der staatlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit
- bei schwerwiegenden besonderen Vorkommnissen bzw. Zusammenstößen.

9. Kurzgefasste Lageinformationen sind durch den

- Vorsitzenden des Ministerrates
- Minister für Nationale Verteidigung
- Minister für Staatssicherheit
- Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei sowie durch das
- Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genossen Horst Dohlus, an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates täglich bis 08.00 Uhr mit Stand 02.00 Uhr vorzulegen.

10. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

11. Die Befehle Nr. 8/89 und 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR werden aufgehoben.

Berlin, den 3.11.1989

Egon Krenz

Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Quelle: Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, Sign. 08 04 0841